

Dr. Franz-Josef Overbeck, Bischof von Essen

**„Soziale Leitplanken für den Markt. Kirchliche Stellungnahmen als Impulsgeber?“**

– Podiumsdiskussion in der Akademie „Die Wolfburg“ am 9. März 2010, 18.00 Uhr.

Sehr geehrte Damen und Herren,

angesichts von Wirtschafts- und Finanzkrise diskutieren wir heute Abend die Möglichkeiten „sozialer Leitplanken für den Markt“. Auf dem Markt wird, so eine einfache Definition, mittels Angebot und Nachfrage durch Tauschlogik ein individueller Interessensausgleich organisiert. Wie der liberale Vordenker der Marktwirtschaft, Adam Smith, bereits vor mehr als zweihundert Jahren beobachtet hat, hat dieser Mechanismus, der zunächst bloß auf das individuelle Wohl zielt, auch einen gesamtgesellschaftlichen Vorteil: Durch Stimulierung von Wirtschaftswachstum wird ein „Wohlstand der Nationen“ erzeugt, indem durch Wettbewerb technische Errungenschaften, die heute noch teuer sind, morgen schon für viele bezahlbar werden. Wenn man in die Geschichte schaut, wird man Smith im Großen und Ganzen Recht geben. Weltweit gesehen leben die Bevölkerungen der Länder mit funktionierenden Marktwirtschaften in ungleich größerem Wohlstand als diejenigen dort, wo Marktwirtschaft nicht funktioniert. Wie allerdings die Erfahrung vor allem der letzten zwei Jahre zeigt, ist die quasireligiös überhöhte Vorstellung eines Neoliberalismus irrig, die vorgibt, eine „unsichtbare Hand“ werde alles richten. Wenn man es realistisch betrachtet, ist vom Markt allein das Heil der Menschen nicht zu erwarten, sondern vielmehr die Krise.

Im Unterschied zum (methodischen) Individualismus des Marktes geht es im „christlichen Glauben“ grundlegend um Soziales. Es ist vor allem Gemeinschaft angezielt, wenn Jesus eine „Mystik des offenen Blicks“ einfordert und Gottes- und Nächstenliebe so zusammenbringt, das gilt: „Was ihr für einen dieser Geringsten nicht getan habt, das habt ihr auch mir nicht getan“ (Mt 25, 45). Die Logik des christlichen Glaubens erscheint als ein Kontrastprogramm zur Logik des Marktes. Als (Welt-)Religion bleibt das Christentum nicht unbeeindruckt von seiner gesellschaftlichen Umwelt; es beschreibt vielmehr in seiner Kontextbezogenheit ein ganzes Weltbild. Dabei geht es um normative Ordnungsvorstellungen, die das Einzelne übersteigen und das Ganze des Lebens in den Blick nehmen. Christlicher Glaube ist als umfassende Lebensform durchaus anspruchsvoll, denn nicht einzelne Handlungsweisen, sondern die ganze Biografie der Person wird in Anspruch genommen.

Im Folgenden möchte drei mir wichtige Punkte in die Debatte des anschließenden Podiumsgesprächs einbringen, indem ich zunächst einige grundsätzliche Bemerkungen zum Verhältnis von Person und Markt mache (I), dann die gesellschaftliche Relevanz des Glaubens betone (II) und schließlich die aktuelle Sozialverkündigung zum Thema des heutigen Abends in den Blick nehme (III).

### *I. Person und Markt*

Aus christlicher Sicht ist die Wirtschaft ein *menschlicher* Zusammenhang mit dem Ziel der Versorgung mit dem, was der einzelne und was die Gemeinschaft der Menschen für ein menschenwürdiges Leben braucht. Wirtschaft allgemein und das wirtschaftliche Instrument des Marktes im Besonderen erschöpft sich nicht in abstrakten Zahlenwerken und Börsenkursen. Vielmehr geht es um einen sozialen Zusammenhang. Deswegen kommt aus Sicht der christlichen Ethik der Wirtschaft und damit dem Markt weder Höchst- oder Letztwert noch Selbst- oder Eigenwert zu, sondern lediglich ein Dienstwert: Wirtschaft ist kein Zweck an sich, sondern ein Mittel zum Zweck, das Leben der Menschen zu sichern.

Dabei erweist sich der Marktmechanismus als ein effektives Instrument sozialer Steuerung. Er ist in der Lage, wirtschaftliche Entscheidungen dezentral zu koordinieren und in gewisser Weise Selbststeuerungsprozesse in Gang zu setzen: Indem er Verhaltenskonsequenzen mit den Prioritäten der Marktteilnehmer so verknüpft, dass Erfolg und Misserfolg für den einzelnen unmittelbar einsichtig wird, steigert der Markt auf der einen Seite Innovation und technische Entwicklung und sorgt auf der anderen Seite dafür, dass bei der Verfolgung von Eigeninteressen zugleich die Bedürfnisse der anderen befriedigt werden. Leider ist immer wieder auch Marktversagen festzustellen, denn das theoriekonforme Funktionieren des Marktmechanismus setzt die Warenförmigkeit aller Ressourcen sowie die gleiche Marktmacht aller Beteiligten voraus.

Christliche Wirtschafts- und Marktethik setzt deshalb immer auf zwei Ebenen an. Einerseits nehmen beispielsweise die Päpste seit dem Beginn der katholischen Soziallehre den Staat zur Lösung der Sozialen Frage und des Marktversagens in die Pflicht. Heute zu Zeiten von Hartz IV gilt das gleiche, was Papst Leo XIII. in seiner Enzyklika „*Rerum Novarum*“ bereits 1891 forderte: So „muß doch der Staat beim Rechtsschutze zugunsten der Privaten eine ganz besondere Fürsorge für die niedere, besitzlose Masse sich angelegen sein lassen. Die Wohlhabenden sind nämlich nicht in

dem Maße auf öffentlichen Schutz angewiesen, sie haben selbst die Hilfe eher zur Hand; dagegen hängen die Besitzlosen, ohne eigenen Boden unter den Füßen, fast ganz von der Fürsorge des Staates ab“ (RN 29).

Andererseits ist aber auch das Marktverhalten der Einzelnen als Konsument oder Investor in den Blick zu nehmen. Dem christlichen Menschenbild zufolge hat nämlich der Einzelne aufgrund seiner Personalität die Anlage zu Verantwortungsübernahme und Solidarität. Er kann bis zu einem bestimmten Grad auch über sein Eigeninteresse hinausgehend die Bedürfnisse seiner Mitmenschen in seine Entscheidungen mit einbeziehen und sein Verhalten an gemeinsamen Interessen, Normen und Wertorientierungen ausrichten. Die Fähigkeit der Menschen, sich jenseits aller Marktlogik solidarisch zu verhalten, ist besonders dann ausgeprägt, wenn sie in ähnlichen Situationen leben, gemeinsame Wertorientierungen haben oder aufgrund von Katastrophen ein Bewusstsein einer Risikogemeinschaft ausbilden. So es ist ganz entgegengesetzt zu allen Theorien eines moralischen Verfalls schon erstaunlich, welches beeindruckendes gesellschaftliche Solidaritätspotenzial sich z.B. offenbart, wenn es angesichts von Katastrophen immer wieder zu enormen Spendensummen kommt.

## *II. Glaube und Gesellschaft*

Mit dem christlichen Glauben ist eine religiöse Tradition angesprochen, die gemeinsam mit der Aufklärung die europäische Kultur und das moderne Denken maßgeblich geprägt hat. Christlicher Glaube ist aber nicht, wie manche heute meinen, auf ein harmlos beschauliches und kunstorientiertes Kulturchristentum zu reduzieren. Seine soziale Realität gewinnt es vielmehr in Form überzeugter Glaubensgemeinschaften, von Konfessionen, Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften, die mit den Institutionen und Einrichtungen der Caritas und Diakonie eine große Rolle in dem spielen, was wir heute „Sozialwirtschaft“ nennen. In diesem Sinne behauptet sich in Deutschland gemeinwohlorientierte christliche Nächstenliebe in Form von christlichen Krankenhäusern, Pflegestationen und Kindergärten auf dem Markt im Wettbewerb und in ernsthafter Konkurrenz zu anderen, gewinnorientierten Anbietern. Nicht weil es um die Steigerung der Marktmacht kirchlicher Institutionen geht, sondern weil das von Gott gewollte Heil der Menschen im Mittelpunkt dieses Engagements steht, lässt sich christlicher Glaube als wirtschaftlicher Akteur auf diese Weise in die Pflicht nehmen. Die gesellschaftliche Funktion des Christentums besteht darin, den Menschen Gott erfahrbar zu machen, indem konkret ihrer Not begegnet wird.

Dabei sind Christen nicht so naiv zu glauben, dass allein durch gute Werke die Probleme der Welt gelöst würden; dafür ist die moderne Gesellschaft viel zu komplex. Es geht vielmehr um die gerechte Gestaltung von gesellschaftlichen Strukturen. Obwohl es stimmt, dass langfristig aus der Perspektive des ökonomischen Kalküls moralische Vorleistungen durch den Wettbewerb des Marktes bestraft werden und Ökonomen immer wieder betonen, dass der systematische Ort der Moral die gesellschaftliche Rahmenordnung sei, braucht es neben dem politischen Ringen um gute Gesetze und um vernünftige Einbettung des Marktes immer auch die lebensweltlichen moralischen Ressourcen, aus denen bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen geschöpft werden kann. Individuelle Moral kommt immer dann wirkmächtig ins Spiel, wenn sich die Regelwerke als unterkomplex und defizitär erweisen, was angesichts des durch technische Entwicklung beschleunigten Gesellschaftswandels immer häufiger der Fall sein wird. Christliches Leben bietet in seinen vielfältigen Vergemeinschaftungsformen Erfahrungsräume und Lernorte für die Entwicklung wertvoller und solidarischer Persönlichkeiten. Hier gewinnt dasjenige Gestalt, von dem ein liberales Gemeinwesen zehrt und was es doch nicht selbst leisten kann. Mit den Sozialprinzipien Personalität, Solidarität und Subsidiarität sind von Seiten der katholischen Soziallehre keine naiven Utopien angesprochen, sondern (visionäre) Grundorientierungen für ein gerechtes Gemeinwesen jenseits der jeweiligen Verkürzungen durch die verschiedenen Formen von Individualismus und Kollektivismus formuliert.

Hinsichtlich der inhaltlichen Konkretisierung dieser Grundorientierungen schließe ich mich Papst Johannes Paul II. an, der einhundert Jahre nach „Rerum Novarum“ in seiner Enzyklika „Centesimus Annos“ festhält: „Die Kirche hat keine eigenen Modelle vorzulegen. Die konkreten und erfolgreichen Modelle können nur im Rahmen der jeweils verschiedenen historischen Situationen durch das Bemühen aller Verantwortlichen gefunden werden, die sich den konkreten Problemen in allen ihren eng miteinander verflochtenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aspekten stellen. Diesem Bemühen bietet die Kirche als unerlässliche und entsprechende Orientierung ihre Soziallehre an, die ... die positive Bedeutung des Marktes und des Unternehmens anerkennt, aber gleichzeitig darauf hinweist, dass beide auf das Gemeinwohl ausgerichtet sein müssen“ (CA 43).

### *III. Konkretisierungen in der aktuellen Sozialverkündigung angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise*

Die jüngsten Aktualisierungen der kirchlichen Sozialverkündigung mahnen dazu, in der Debatte über die Wirtschafts- und Finanzkrise „Gesinnungsethik“ und „Bedingungsethik“ also die individuelle Ebene der Person und die strukturelle Ebene der Gesellschaft nicht gegeneinander auszuspielen.

So stellt einerseits Papst Benedikt XVI. in seiner lange erwarteten und dann z. T. kontrovers diskutierten „Globalisierungsenzyklika“ „Caritas in veritate“ ganz in der Tradition der Katholischen Soziallehre ordnungspolitisch fest, dass nach dem Schock der Wirtschafts- und Finanzkrise eine Neubestimmung der Rolle und Macht des Staates anstehe. Doch obwohl er mit der Formel einer nötigen „Weltautorität“ als Garant eines globalen Ordnungsrahmens global-governance-Überlegungen ins Spiel bringt, hat seine Sozialenzyklika andererseits einen besonderen individualmoralisch-unternehmensethischen Akzent. So wird einerseits für die verstärkte Beachtung des Genossenschaftsmodells geworben: „Neben den gewinnorientierten Privatunternehmen und den verschiedenen Arten von staatlichen Unternehmen sollen auch die nach wechselseitigen und sozialen Zielen strebenden Produktionsverbände einen Platz finden und tätig sein können.“ (CiV 38) Der Papst setzt andererseits insbesondere auf die Gemeinsinn-stiftenden Möglichkeiten eines umfassenden Corporate Social Responsibility und kritisiert damit die Handlungsweisen der neuen kosmopolitisch-abgehobenen Managerklasse. Im Sinne des „stakeholder values“ (*Im Gegensatz zum „shareholder value“ geht es hier nicht nur um die Interessen der Anteilseigner, sondern darüber hinaus um die Berücksichtigung der Bedürfnisse aller an einer Unternehmung Beteiligten*) darf „die Führung des Unternehmens nicht allein auf die Interessen der Eigentümer achten (...), sondern (muss) auch auf die von allen anderen Personenkategorien eingehen (...), die zum Leben des Unternehmens beitragen: die Arbeitnehmer, die Zulieferer der verschiedenen Produktionselemente, die entsprechende Gemeinde.“ (CiV 40) Insgesamt sieht der Heilige Vater aber in der gegenwärtigen Lage nicht nur Negatives, vielmehr betont er die in der Krise liegende Chance zur Neubesinnung und beschreibt sie als Anlass zu neuer „Unterscheidung und Planung“ (CiV 21).

Konkreter als eine Enzyklika sein kann, analysiert die Ihnen heute Abend vorliegende Stellungnahme „Auf dem Weg aus der Krise“, die von der Kommission für

gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz herausgegeben wurde, das dramatische Markt- und Staatsversagen der vergangenen Jahre. Aus Sicht dieses Textes liegt die Ursache der Krise vor allem in der Verletzung von drei Prinzipien: Das spekulativ-verantwortungslose Eingehen höchster Risiken wurde durch die Missachtung des ordnungspolitischen *Haftungsprinzips* gefördert. Angefeuert durch eine Verletzung des *Nachhaltigkeitsprinzips* war dann „kurzfristige Gewinnmaximierung“ und nicht „nachhaltiger Unternehmenserfolg“ die Grundlage für wirtschaftliche Entscheidungen. Und schließlich wurde zu lange durch zu viel „billiges Geld“ Wirtschaftswachstum auf künstliche Weise erzeugt: Bekanntlich entstand die Blase in der US-amerikanischen Immobilienwirtschaft, wo mit nicht abgesicherten Krediten Sozialpolitik getrieben werden sollte – was dem *Sachgerechtigkeitsprinzip* widerspricht und wie sich herausgestellt hat, misslang. Letztendlich ist die Wirtschafts- und Finanzkrise vor allem als eine *tiefgreifende Orientierungskrise* begreifen, wie Erzbischof Dr. Reinhard Marx in seinem Geleitwort zum genannten Papier herausstellt: „Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft bedarf deshalb nicht allein einer klügeren Gestaltung des funktionalen Ordnungsrahmens der Ökonomie, sondern verlangt ebenso nach einer breiten Debatte über Werte und Tugenden, die dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben Orientierung geben.“ (Seite 12)

Als politische Lösungsperspektive profiliert das Bischofspapier vor allem drei Themenschwerpunkte: Bei der Bewältigung der Krise ist erstens eine international-faire Lastenverteilung gefordert, die die Entwicklungsländer nicht noch weiter abhängt. Neben umsichtige Steuerungsmaßnahmen im Sinne von multilateralen global-governance-Modellen auf globaler Ebene ist auf nationaler Ebene ist dann zweitens „Arbeit als der Schlüssel der Beteiligungsgerechtigkeit“ anzusehen: „Die wichtigste Grundlage dafür, vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, ist stetiges wirtschaftliches Wachstum, das auf echten Produktionsfortschritten basiert.“ (Seite 30) Schließlich geht es mit Blick auf die Zukunft grundsätzlich um eine stärkere Beachtung der Generationengerechtigkeit, wozu der Abbau der immens ausgeweiteten Staatsschulden, Umweltschutzmaßnahmen und nachhaltige Infrastrukturinvestitionen angemahnt werden.

Über diese Perspektiven zu diskutieren, lohnt sich. Ich freue mich darauf und danke für Ihre Aufmerksamkeit.